

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Bündnispartner,

Ich freue mich sehr, dass heute an diesem doch etwas verregneten und kalten Tag, viele Menschen gekommen sind um ein sichtbares und deutliches Zeichen zu setzen:

Die AfD ist keine Alternative für die Menschen hier in Karlsruhe, nicht in Baden-Württemberg und auch nicht in ganz Deutschland. Hier ist kein Platz für einen derartigen Rechtspopulismus!

Obwohl dieser Parteitag der AfD erst vor kurzem bekannt wurde, bin ich stolz darauf, dass es hier in Karlsruhe gelungen ist, ein breites Bündnis zu schmieden gegen diese Zusammenkunft von ewig gestrig denkenden, von Neoliberalen und Blendern, die ihr rechtskonservatives Gedankengut hinter einer bürgerlichen Fassade verbergen.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Bündnisfreunde, es ist erst 4 Tage her, dass 1500 Karlsruherinnen und Karlsruher in einer eindrucksvollen Mahnwache ihre Solidarität, ihre Trauer und ihre Fassungslosigkeit zum Ausdruck gebracht haben, im Gedenken an die Opfer des Attentates von Paris. Die Südwest-Presse aus Ulm hat dazu am 09.01. geschrieben: "Fast war es so, als würde die Welt nach den feigen Morden von Paris für einen Moment in anteilnehmender Stille verharren. Nur einer nutzte das Blutbad für eigene Interessen: Alexander Gauland, Leitfigur der rechten AfD. Er instrumentalisierte den Terrorangriff in Frankreich, um die Anliegen der Protestbewegung Pegida zu legitimieren. Als seriöse Wirtschaftspartei wollte sich die AfD präsentieren. Als Sammelbecken für Ausländer- und Islamfeinden hat sie sich enttarnt". So die Südwestpresse aus Ulm.

Wofür steht nun aber diese AfD, wo kommt sie her und wie müssen wir mit ihr umgehen. Dazu hat der DGB eine Studie

verfasst mit dem Titel: Mut zur Wahrheit, Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftliche Positionen der "Alternativ für Deutschland".

Keine Sorge ich werde jetzt nicht die ganze Studie zitieren, dann würden wir sicherlich noch heute Nachmittag hier stehen oder wahrscheinlicher wäre ich alleine und ihr als völlig gelangweilte Zuhörer davonlaufen.

In meinem Redebeitrag werde ich einige Stellen aus der Studie des DGB zitieren.

Der Mitbegründer und stellvertretende Sprecher der AfD, Alexander Gauland, beschrieb in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung die politische Zusammensetzung seiner Partei als Versammlung zweier Gruppen: den volkswirtschaftlich gebildeten Wirtschaftsliberalen und den "Protestwählern", welchen er "nationalkonservative" sowie "nationalliberale" Orientierungen zuordnet. Gauland steht ein für Werte wie: "Eine Familie muss bestehen aus Vater, Mutter und Kind, die heimische Erziehung sei der Normalfall und multikulturelle Gesellschaften bereiten mehr Probleme als Freude, sowie die Abneigung gegenüber "den Torheiten des modernen Feminismus wie des Gendermainstreamings."

Diese Darstellung verdeutlicht, aus welchen politischen Orientierungen sich die AfD zusammensetzt: aus neoliberalen Euro- und EU-Gegner und aus nationalkonservativ gesinnten Protestwähler.

Die jüngsten Annäherungen der AfD an die Pegida- und Kagidabewegungen machen deutlich, wie nahe sich die rechten Kräfte, die mehrheitlich als Organisatoren der Bewegung auftreten und Mitglieder der AfD stehen. Damit wollen wir keines falls alle Menschen die in Dresden oder anderst wo auf die Straße gehen als Nazis difamieren. Mit ihnen müssen wir uns auseinander setzen und ihre Ängste und Sorgen ernst

nehmen. Die gewerkschaften haben dabei die Aufgabe den Rechtspopulismus zu entlarven. Hierfür steht die AfD. Unser Protest richtet sich aber gegen jene, die die Ängste und Sorgen dieser Menschen mißbrauchen für ihre menschenverachtende, rassistische und rechtsradikale Gesinnung nutzen.

Die AfD wehrt sich häufig gegen die Zuschreibung: sie sei Rechtspopulistisch, Ein prominenter Vertreter der AfD spricht dazu dann aber doch deutliche Wort. Hans-Olaf Henkel, Spitzenkandidat im Europawahlkampf und einstiger Arbeitgeberpräsident, äußerte sich im Europawahlkampf zum Vorwurf der Rechtslastigkeit seiner Partei wie folgt: " es sei nichts falsch daran rechts zu sein: Der Kampf gegen Rechts ist eine Unverschämtheit. Rechts dürfe nicht mit rechtsextrem verwechselt werden. Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig. " Diese Offenheit bedarf keiner Kommentierung und macht gleichzeitig das Gedankengut das hinter der AfD steht deutlich.

Kernelement des Rechtspopulismus ist es, " sich als Anwalt des Volks gegen die politische Klasse" aufzuspielen und sich gleichzeitig als Wahrer des nationalen Interesses zu präsentieren. Dabei werden gezielt nationalistische, rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Ressentiments bedient. Das Ganze wird dann auch noch mit kulturpolitischen Untergangsszenarien - " Deutschland schafft sich ab" garniert. Wirtschaftspolitisch stehen Rechtspopulisten für ein neoliberales Wettbewerbsmodell, in dem der Sozialstaat als Ordnungssystem keinen Platz mehr hat. Deshalb ist eine massive Gewerkschaftsfeindlichkeit ein zentrales Merkmal für Rechtspopulisten.

Hier geht es nicht um Fakten, sondern um das Instrumentalisieren und Schüren von Ängsten auf der Jagd nach Wählerstimmen.

Dies gilt nicht nur für diverse Parteimitglieder der AfD in verschiedenen Landesverbänden - auch in Baden-Württemberg! - die ein politisches "Vorleben" in rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen haben, sondern auch für Teile der Anhänger der AfD, die laut einer aktueller Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ein überdurchschnittliches Ausmaß an Zustimmung zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen sowie Aussagen, die den Nationalsozialismus verharmlosen" besitzen.

Wir akzeptieren politische Positionen, den ein solcher Geist zugrunde liegt, nicht

Die AfD steht für eine Politik des Sozialabbaus und der Vorrechte von Privilegierten.

Wir stellen uns gegen eine Politik der sozialen Kälte, in der der Wert eines Menschen nach bloßen Nützlichkeitsabwägungen bemessen wird!

Eine Politik, die geprägt ist von Angst, Ressentiments, nationalen Egoismen und sozialer Kälte - das ist keine Alternative, Nicht für Karlsruhe, Nicht für Baden-Württemberg und auch nicht für Deutschland.

Hier ist kein Platz für die AfD.